



DPoIG

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

3

März 2019 / 53. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Geschafft! Tarifergebnis lohnt sich



Seite 5 <

Besuch in der Bundesgeschäftsstelle
Fraktionsvorsitzender
Ralph Brinkhaus (CDU)
im Dialog mit DPoIG-
Bundesleitung

Seite 19 <

Fachteil:

- Wohnungsdurchsuchung
anlässlich einer Verkehrs-
ordnungswidrigkeit
- Geldwäsche – die unsicht-
bare Kriminalität?
- Die StVO kennt keine
Frauenparkplätze





> Aktive Mittagspause in Magdeburg

Einkommensrunde 2019

Nur gemeinsam sind wir stark

dbb und DPoIG waren in vielen Städten Sachsen-Anhalts aktiv

Der Start der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder verlief zäh. Für Sachsen-Anhalt ist ein guter Abschluss besonders wichtig. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Sachsen-Anhalt haben am 30. Januar 2019 einen landesweiten Aktionstag durchgeführt, um auf ihre Forderungen in der Einkommensrunde 2019 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) aufmerksam zu machen. Beteiligt haben sich insbesondere die Bereiche Allgemeine Verwaltung sowie Steuer und Polizei. Aktionen gab es in Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau, Haldensleben und Quedlinburg.

„Die größte Herausforderung für den öffentlichen Dienst der kommenden Jahre wird sein, die Fachkräfte der Babyboomer-Jahre adäquat zu ersetzen“, sagte der dbb- und DPoIG-Landeschef Wolfgang Ladebeck in Magdeburg bei der Protestaktion („Aktive Mittagspause“) der Beschäftigten. „In Sachsen-

Anhalt entwickelt sich das Verhältnis von Nachfrage und Angebot besonders ungünstig. Auf Landesebene sind mehr als 70 Prozent der Bediensteten 45 Jahre alt und älter. Statt Grundsatzdebatten brauchen wir jetzt schnell greifende Maßnahmen. Das braucht Mut! Das braucht Geld!“

Unterstützung erhielt der dbb Landesvorsitzende von Ulrich Stock, Landesvorsitzender der Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft, und Iris Herfurth, Landesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Beide sind Mitglieder in der Landesleitung des dbb sachsen-anhalt. „Die Personalgewin-

nung für die Landesverwaltung ist und bleibt eine riesige Herausforderung. Da ist es nicht hilfreich, dass Bund und Kommunen bei gleicher Qualifikation deutlich höhere Löhne zahlen. Die TdL muss hier Anschluss halten. Eine deutliche Gehaltserhöhung wäre auch ein Zeichen der Wertschätzung an die Kolleginnen und Kollegen, die trotz Arbeitsverdichtung wegen Personalabbaus und unbesetzter Stellen den Staat am Laufen halten“, sagte Stock.

Herfurth lenkte den Blick darauf, dass nicht nur die Tarifbeschäftigten von der Einkommensrunde betroffen sind: „Von Finanzminister Schröder erwarten wir, dass das Volu-

Impressum:

Redaktion:
Gregor Henschke (v. i. S. d. P.)
polizeispiegel@dpolg-st.de
Tel./Fax: 039206.53948
Mobil: 0177.5011249

Landesgeschäftsstelle:
Deutsche Polizeigewerkschaft
im dbb – Landesverband
Sachsen-Anhalt e. V.
Schleiufer 12
39104 Magdeburg
Tel. 0391.5067492
Fax 0391.5067493
www.dpolg-st.de
info@dpolg-st.de
ISSN 0945-0521



> Wolfgang Ladebeck untermauert die Forderungen in den Medien.

> Kernforderungen des dbb

6 Prozent mehr Einkommen, mindestens 200 Euro (Laufzeit: 12 Monate). Eine angemessene und zukunftsfähige Entgeltordnung für den TV-L. Die Erhöhung der Pfl egetabelle um 300 Euro. Ein Fahrplan für die Einführung der Paralleltabelle im Bereich der Lehrkräfte. Stufengleiche Höhergruppierung. 100 Euro mehr für Auszubildende und unbefristete Übernahme.

men des Tarifiergebnisses zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten im Land und in den Kommunen übertragen wird. Mit unseren Aktionen heute haben wir den Arbeitgebern klargemacht, dass wir – Tarifbeschäftigte

und Beamte – in der Einkommensrunde als ein Block zusammenstehen.“

▣ Hintergrund

Von den Verhandlungen über den Tarifvertrag für den öffent-

lichen Dienst der Länder (TV-L) sind in Sachsen-Anhalt mehr als 72 000 Beschäftigte betroffen: fast 37 000 Tarifbeschäftigte des Landes sowie über 35 000 Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter sowie Versor-

gungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen, auf die der Tarifabschluss, wie im Koalitionsvertrag unserer Landesregierung im Jahr 2016 festgeschrieben, übertragen werden soll.



> Aktive Mittagspause in vielen Städten in Sachsen-Anhalt

Die zweite Verhandlungsrunde fand am 6. und 7. Februar 2019 statt

„Wir haben viel und über alles geredet. Fortschritte gibt’s jedoch nicht“, berichtet dbb Verhandlungsführer Ulrich Silberbach vom enttäuschenden Verhandlungsverlauf der zweiten Verhandlungsrunde mit der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder). In der Verhandlungskommission des dbb berichtete Silberbach detailliert von den Bedenken, der Ablehnung und den Gegenforderungen der TdL. Sein Fazit vor der Presse: „Es ist, als ob in den Ländern zwei Paralleluniversen existieren. In dem einen Universum suchen die Länder händeringend ausgebildete Lehrkräfte, finden keine Pflegekräfte, brauchen Polizisten und würden Ingenieure am liebsten kurzfristig bei amazon bestellen. Im anderen Universum, dessen Zentrum hier in Potsdam zu liegen scheint, verweigern sich die Länder jedem Vorschlag, ihren öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten.“

▣ „Dieses Mal haben sie wieder zwei Tage lang gemauert.“ Kein Interesse am Kompromiss

Weder bei der Strukturreform der Tabelle noch bei der Paralleltabelle für Lehrkräfte noch beim Thema Azubis hat die TdL Verhandlungsbereitschaft und Willen zum Abschluss gezeigt. „Und über Geld, über die lineare Erhöhung haben wir erst gar nicht geredet“, attackiert Silberbach die Mauertaktik der TdL. „Das liegt ganz einfach daran, dass wir mit der TdL zwar alle Themen erörtern, aber keines wirklich verhandeln. Nach meiner Kenntnis bedeutet der Begriff

„Verhandlung“ ein Kommunizieren über einen kontroversen Sachverhalt. Und das Ziel sollte ein Interessenausgleich sein. Und genau daran fehlt es. Für einen fairen Interessenausgleich hat sich die TdL auch heute hier in Potsdam nicht interessiert.“ Nun kommt es allein auf die dritte Runde an, um einen ordentlichen Kompromiss zu erreichen.

▣ Zeitgleich und systemgerecht

Dem Stillstand am Verhandlungstisch in Potsdam entspricht die Zurückhaltung der meisten Landesregierungen, sich frühzeitig und eindeutig zu

einer zeitgleichen und systemgerechten Übernahme des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich zu bekennen. Auch wird in den meisten Landeshauptstädten von Nord bis Süd vor allem taktiert und gemauert, anstatt klare Zeichen der Wertschätzung für die Landes- und Kommunalbeamten zu setzen.

▣ Druck erhöhen

Nachdem der enttäuschende Verlauf der Verhandlungen analysiert worden war, hat die Verhandlungskommission des dbb beschlossen, den Druck auf der Straße zu erhöhen und die Warnstreiks zu intensivie-

ren. „Jetzt muss es weitergehen, jetzt müssen wir die Schlagzahl erhöhen, mehr Kolleginnen und Kollegen müssen an noch mehr Orten deutlich machen, was sie von dieser Hinhaltepolitik der TdL halten. Das gilt natürlich nicht nur für die Arbeitnehmer. Auf unseren Kundgebungen können und sollen sich auch möglichst viele Beamtinnen und Beamte beteiligen.“

(Quelle: dbb)

Die Dritte Verhandlungsrunde findet im Zeitraum vom 28. Februar bis 2. März 2019 in Potsdam statt. ■

DPolG – Antrittsbesuch beim Direktor der Polizeiinspektion Magdeburg

Ab dem 1. Januar 2019 strukturiert sich die Landespolizei Sachsen-Anhalt neu. Stellenweise wird dies besonders in einigen total neu gebildeten Behörden, wie die Polizeiinspektion Zentrale Dienste und Polizeiinspektion Stendal, ein langer schwerer Weg werden, bis alle Arbeitsbereiche voll personell untersetzt und arbeitsfähig sind. Auch die Polizeiinspektion Magdeburg (PI Magdeburg) muss sich neu aufstellen. Dies nahmen unser DPolG-Landesvorsitzender Wolfgang Ladebeck und Funktionäre unseres DPolG-Landesverbandes zum Anlass, am 22. Januar 2019 bei der Behördenleitung, der neu gebildeten PI Magdeburg, zu einem Antrittsbesuch vorbeizuschauen. Der Direktor der PI Magdeburg, Leitender Polizeidirektor Tom Oliver Langhans, und der Leiter Führungstab, Leitender Kriminaldirektor Frank Bendzka, empfingen die Abordnung herzlich zu diesem Gespräch.



> Mitglieder des Landesverbandes bei der Behördenleitung

In den einleitenden Worten des Landesvorsitzenden Wolfgang Ladebeck überbrachte er die herzlichsten Wünsche der Mitglieder wie auch das Angebot zur konstruktiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit.

In einer angenehmen und intensiven Unterhaltung wurde bei einer Tasse Kaffee über zahlreiche Themen und Erwartungen gesprochen. Dazu gehörte der Austausch über die Zusammenarbeit der Behör-

denleitung mit den Berufsvertretungen im Interesse aller Mitarbeiter, der aktuelle Stand zu der Einkommensrunde 2019 der Länder und aktuelle beamtenrechtliche Themen. Im besonderen Fokus standen die zukünftigen Aufgaben wie die Umsetzung der Polizeistruktur 2020 in der PI Magdeburg bei sich weiter reduzierendem Personal im Polizeivollzug und besonders in der Polizeiverwaltung. Weiterhin informierte die Behördenleitung über den

Stand der Bauablaufplanung, die bauliche Situation auf der Liegenschaft Sternstraße 12 und die aktuelle Einsatzlage und Einsatzbelastung.

Dies war der Anfang von einer Reihe von Antrittsbesuchen. Weitere Besuche bei den Leitern aller Behörden und Einrichtungen der Landespolizei und dem Ministerium für Inneres und Sport werden folgen. Wir werden berichten. ■

Liebe Mitglieder,

hiermit möchte ich die Themen Erbschaft, Vorsorge und Pflege nochmals aufgreifen und Euch einige Informationen geben.

Diese Informationen sind speziell für unsere Seniorinnen und Senioren, dürften jedoch auch für den Personenkreis von Interesse sein, die sich noch im aktiven Dienst befinden und demnächst in den Ruhestand gehen. Man sollte sich mit diesen Themen rechtzeitig vertraut machen und für den Fall aller Fälle Vorbereitungen getroffen haben. Dazu hat man unter anderem im Internet viele Möglichkeiten. Spezielle Informationen gibt es für uns auf den Seiten der dbb Senioren und der DPolG-Senioren.

Ich möchte vorab insbesondere auf Publikationen wie zum Beispiel die Zeitschrift „Aktiv im Ruhestand“ (AiR), die Broschüren „Erbrecht“, „Pflege“ und den „Notfallordner“ hinweisen.

Ich gehe davon aus, dass nicht allen Mitgliedern bekannt sein dürfte, dass man eine Vollmacht in der Bezügestelle – Beihilfefestsetzungsstelle – hinterlegen sollte. Die meisten Seniorinnen und Senioren beziehen Beihilfe.

Um Probleme in Beihilfeangelegenheiten für Angehörige zu vermeiden, sollte in der Beihilfefestsetzungsstelle eine Vollmacht für die Angehörigen hinterlegt sein.

Sollte ein Beihilfeempfänger seine Beihilfeangelegenheiten (zum Beispiel Antragstellungen, finanzielle Forderungen und so weiter) nicht mehr selbst erledigen können, dann kann dies die Person machen, die in der Vollmacht benannt ist. Das können Beispiele sein wie beidseitiger Armbruch, aber auch der Tod des Beihilfeberechtigten. Man liegt gegebenenfalls mit schwerer Krankheit im Krankenhaus oder Hospiz, verstirbt und Angehörige bekommen Rechnungen für Behandlungskosten, die noch bei der Beihilfefestsetzungsstelle eingereicht und beglichen werden müssen. In diesen Fällen wäre das sonst

nur mit einem Erbschein möglich. Dessen Ausstellung dauert in der Regel einige Zeit und die Angehörigen müssten gegebenenfalls in Vorkasse gehen. Da kann es sich schon um erhebliche Summen handeln.

Ich habe dieses Thema mit einer Mitarbeiterin der Beihilfefestsetzungsstelle besprochen und sie hat mir einen entsprechenden Vordruck übersandt. Diese sind auf unserer Landesseite abrufbar.

Jeder sollte selbst entscheiden, ob er den Vordruck ausfüllt und der Beihilfefestsetzungsstelle übersendet.

► **Ein weiteres Thema ist die Vorsorge**

Eine Patientenverfügung und eine Vorsorgevollmacht sollte

auch jeder haben und ganz wichtig ist, dass der Passus „Über den Tod hinaus“ enthalten ist. Sonst enden die Regelungen und Befugnisse mit dem Tod, aber auch nach dem Tod sind noch Angelegenheiten zu regeln. Das betrifft zum Beispiel insbesondere den Kontenzugriff.

Auch das Muster einer Vorsorgevollmacht ist auf der Landesseite verlinkt und abrufbar. Diese kann zum Beispiel auch bei der Bundesnotarkammer kostenpflichtig hinterlegt werden. Es reicht aber auch aus, wenn die Personen, die in der Vollmacht benannt werden (können auch mehrere sein), ein Original erhalten. Die Vollmacht muss immer im Original vorgelegt werden. Das bedeutet, dass der oder die Personen und der Vollmachtgeber jeweils ein Original haben müssen. Da-



© pixabay.com

bei sind die Unterschriften im Original ausreichend. Spezielle Informationen gibt es für uns auf den Seiten der dbb Senioren und der DPoIG-Senioren.

Ich möchte ergänzend darauf hinweisen, dass man diese Dokumente auch kostenpflichtig bei einem Notar erstellen lassen kann, was den Vorteil hat, dass damit auch eine individuelle Beratung verbunden ist.

Sollten Immobilien in den Dokumenten tangiert werden, dann ist ausschließlich eine notarielle Beurkundung notwendig.

Falls Fragen zu diesen Themen auftreten sollten, dann besteht die Möglichkeit, mich zu kontaktieren.

Mit freundlichen Grüßen

*Karl-Heinz Zeising,
Landesseniorenbeauftragter*



© DPoIG-SA

Olaf Sendel gratuliert im Namen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt Lutz Döling (links) zu seinem 60. Geburtstag herzlich und wünscht viel Gesundheit, Glück, Erfolg und Freude in der neuen Dekade!

Lutz war langjähriger Vorsitzender des Kreisverbandes Mansfeld Südharz. Er löste den Ehrenvorsitzenden des Kreisverbandes, Willi Herzberg, ab und übergab dann die Geschäfte an Arne Unger.

Darüber hinaus führte er als Leiter elf Jahre das Kommissariat Sangerhausen im Polizeirevier Bundesautobahnen und spezialisierte Verkehrsüberwachung mit Bravour.

Mit ihm geht ein weiterer verdienter Kollege und ein geschätztes, aktives Mitglied nun bald in den verdienten Ruhestand!

Wir wünschen ihm alles Gute!

► Internationaler Frauentag

Der DPoIG-Landesvorstand gratuliert allen Kolleginnen in der Polizei des Landes Sachsen-Anhalt recht herzlich zum Internationalen Frauentag.

© pixabay.com

► Gratulation

Wir gratulieren allen im März geborenen Mitgliedern zu ihrem Geburtstag und wünschen Gesundheit, viel Glück und alles erdenklich Gute.

Der Landesvorstand

© pixabay.com